

Stand: 25.12.2025 04:45:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/106

"Haftbedingungen in Straubing und München - Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M."

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/106 vom 20.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/509 des VF vom 28.11.2013
3. Beschluss des Plenums 17/591 vom 05.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haftbedingungen in Straubing und München Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen über die Haftbedingungen in den Justizvollzugsanstalten Straubing und München zu berichten und dabei insbesondere zu erläutern,

- wie der wegen Mordes an einem Augsburger Polizisten angeklagte M. behandelt wurde,
- ob diese Behandlung den Empfehlungen des über seine Gesundheit erstatteten Gutachtens entsprach,
- was die Ursache für die während der Untersuchungshaft eingetretene Verhandlungsunfähigkeit des M. ist und
- ob über diesen Fall das Staatsministerium der Justiz unterrichtet war und falls es unterrichtet war, seit wann und ob auch die Spitze des Ministeriums informiert war.

Begründung:

Mehrere Medien berichten, dass der wegen Mordes an einem Augsburger Polizisten angeklagte M. für verhandlungsunfähig erklärt werden musste, weil sich sein Gesundheitszustand während der Untersuchungshaft in den Justizvollzugsanstalten Straubing und München massiv verschlechtert habe. In etlichen Berichten werden äußerst schwere Vorwürfe gegen die Anstalten erhoben. So sei die Behandlung unzureichend gewesen und die nach einem Gutachten notwendigen Maßnahmen seien nicht durchgeführt worden. Dies sei die Ursache für die Verhandlungsunfähigkeit des M. Sollten diese Vorwürfe zutreffen, wäre über notwendige Konsequenzen zu entscheiden. Darum ist es unerlässlich, dass der zuständige Ausschuss des Landtags unverzüglich und vollständig informiert wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/106

**Haftbedingungen in Straubing und München
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Worte „unverzüglich im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen“ durch die Worte „dem Landtag“ ersetzt werden.

Berichtersteller: **Dr. Sepp Dürr**
Mitberichtersteller: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 03. Sitzung am 28. November 2013 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/106, 17/509

Haftbedingungen in Straubing und München Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Haftbedingungen in den Justizvollzugsanstalten Straubing und München zu berichten und dabei insbesondere zu erläutern,

- wie der wegen Mordes an einem Augsburger Polizisten angeklagte M. behandelt wurde,
- ob diese Behandlung den Empfehlungen des über seine Gesundheit erstatteten Gutachtens entsprach,
- was die Ursache für die während der Untersuchungshaft eingetretene Verhandlungsunfähigkeit des M. ist und
- ob über diesen Fall das Staatsministerium der Justiz unterrichtet war und falls es unterrichtet war, seit wann und ob auch die Spitze des Ministeriums informiert war.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die Listennummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014 (Vf. 2-VII-14) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 45 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 450)
 PII/G 1310.14-0002
 Drs. 17/499

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

☒

☒

☒

☐ ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014 (Vf. 1-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl S. 82, BayRS 791-1-UG), geändert durch § 2 Abs. 19 des Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBl S. 174)
PII/G 1310.14-0001
Drs. 17/500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Januar 2014 (Vf. 3-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl S. 210, BayRS 605-1-F)
PII/G 1310.14-0003
Drs. 17/501 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Endlich handeln! – Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern
Drs. 17/49, 17/444 (A)

der Antrag wird gemeinsam mit TOP 5 beraten

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Asylsozialpolitik in Bayern – menschlich und modern
Drs. 17/61, 17/446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik
Drs. 17/63, 17/447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe
Drs. 17/85, 17/511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Bekämpfung von Cyberkriminalität
Drs. 17/96, 17/503 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haftbedingungen in Straubing und München
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.
Drs. 17/106, 17/509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim
Drs. 17/111, 17/513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Mit dem operationellen Programm zügig eine bestmögliche Förderung bayerischer Projekte aus den EU-Strukturfonds sicherstellen!
Drs. 17/133, 17/507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen
Drs. 17/134, 17/494 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!
Drs. 17/19, 17/496

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk
Drs. 17/88, 17/495 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen
Drs. 17/307, 17/435

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Streichung „geweihtragende Hirscharten“ von der „Liste gefährlicher Tiere“
Drs. 17/322, 17/493

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Anmietung der Außenstelle des Heimatministeriums in Nürnberg
Drs. 17/382, 17/487

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

18. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zur BayernLB
Drs. 17/404, 17/488

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat